

Hindu Fanatiker propagiert neue Tempel Agitation

von Klaus Voll

Nur naive und mit der politischen Kultur Indiens nicht vertraute Beobachter konnten annehmen, daß die Ruhe nach den schweren bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen im Gefolge des Abrisses der Babri-Moschee in Ayodhya am 6. Dezember 1992 von Dauer sein und der Abscheu über diese Ereignisse die Hindu-Fundamentalisten langfristig in Schach halten würde. Weit gefehlt, denn die Hindu Fanatiker rüsteten ganz im Gegenteil zum Sturmangriff auf weitere Bastionen der Moslem-Identität im Norden des Landes, so der neue Führer der hindu-chauvinistischen 'Rashtriya Swayansevak Sangh' (RSS), Prof. Rajendra Singh.

Rückschläge für die BJP Opposition

Bis Ende 1992 regierte als landesweit stärkste Oppositionskraft die 'Bharatiya Janata Party' (BJP) in den bevölkerungsreichen Bundesstaaten Uttar Pradesh (140 Millionen Einwohner) und Madhya Pradesh (60 Mio.) des nord- und zentralindischen Armutsgürtels sowie in Rajasthan und dem kleinen Himalaya-Bundesstaat Himachal Pradesh. Die BJP-Führung hoffte dadurch, als "Regierung im Wartestand" landesweit akzeptabel zu werden. Premierminister P.V. Narasimha Rao veranlaßte nach den Ereignissen in Ayodhya in diesen vier von der BJP regierten Staaten 'Presidents Rule', d.h. die Auflösung der Parlamente, Absetzung der Landesregierungen und von New Delhi aus direkte Verwaltung über die Gouverneure der Bundesstaaten.

Die Neuwahlen in diesen vier Staaten Ende 1993 führten jedoch zu einer mehr als herben Enttäuschung für die BJP. Trotz geringer prozentualer Stimmengewinne verlor die BJP in Uttar Pradesh und Madhya Pradesh relativ knapp und in Himachal Pradesh ganz eindeutig. Nur in Rajasthan konnte sie mit dem pragmatischen Ministerpräsidenten Bhairon Shekhawat erneut die Regierung bilden.

Harijans an den Schaltheben der Macht

Nur in Uttar Pradesh veränderte sich allerdings die politische Landschaft grundlegend. Mulayam Singh Yadav, schon 1989-91 Ministerpräsident in diesem bevölkerungsreichsten Bundesstaat, bildete mit seiner regionalen 'Samajvadi Janata Party' (SJP) und der von Kanshi Ram geführten 'Bahujan Samaj Party' (BSP) eine Minderheitsregierung, die von den Hauptverlierern im Bundesstaat, der 'Congress-I' und der 'Janata Dal' (JD) gestützt wird. Damit wurde der geplante Durchmarsch der BJP in die Machtzitadelle New Delhi vorläufig abrupt gestoppt.

Ob diese Regierung, in der erstmals in der indischen Geschichte Harijans (Unberührbare) oder wie sie sich selbst nennen, "Dalits" (Unterdrückte), aus eigener Kraft, und nicht nur von den Oberkasten delegiert, sitzen, eine gesamtindische Signalwirkung mit neuen

Wahlallianzen haben wird, kann erst die Zukunft erweisen. Jedenfalls hat diese Regierung nichts mit der BJP, geschweige denn der radikalen 'Rashtriya Swayansevak Sangh' (RSS) im Sinn, zumal die in Uttar Pradesh zahlenmäßig und wahlstrategisch einflußreichen Moslem-Minderheit ihr neben den Mittel- und Unterkasten maßgeblich zum Erfolg verhalf. Die Gegenoffensive der Oberkasten ist nach anfänglicher Verblüffung jedoch bereits in vollem Gang.

Angriff auf die Moslem-Identität

Prof. Rajendra Singh, der neue Führer der RSS, betonte in einem Gespräch mit diesem Autor nachdrücklich, daß die Moslems in Indien nach dem erzwungenen Abriß der Babri Masjid in Ayodhya nunmehr freiwillig auch die zwei an mythologische Stätten des Hinduismus angrenzenden Moscheen in Mathura und Varanasi (Benares) den Hindus übergeben sollten. Der 72-jährige ehemalige Physik-Professor forderte von den Moslems, "sich vom Vandalismus von den außerhalb Indiens gekommenen ehemaligen Herrscher sichtbar zu distanzieren".

Der Bau des Ram-Tempels in Ayodhya genieße Vorrang, so Singh, trotzdem werde die RSS-Frontorganisation 'Vishwa Hindu Parishad' (VHP, Weltrat der Hindus) noch im Laufe dieses Jahres mit der Hilfe von Sadhus die Agitation in Mathura und Varanasi beginnen. Mit der Preisgabe der drei Moscheen in Ayodhya, Mathura und Varanasi - eine symbolische Wiedergutmachung für die Greuelthaten der moslemischen Eroberer -, seien die Forderungen der Hindus erfüllt, trotz der in früheren Jahrhunderten angeblich über 3.000 durch Moslems landesweit niedergehenden Tempel. Moslems und andere Minderheiten - so Singh - müßten jedoch anerkennen, "daß Indien spirituell und in seinen philosophischen Grundlagen überwiegend eine Hindu-Gesellschaft mit ihren ewigen Gesetzen sei".

Gesellschaftsreform und inneres Feindbild

Mit dem neuen RSS-Führer leitet in ihrer fast 70-jährigen Geschichte nicht ein Brahmane aus dem Weststaat Maharashtra, sondern erstmals ein Angehöriger



Der Autor im Gespräch mit Rajendra Singh (Foto: Klaus Voll)

ger der nordindischen "Krieger-Kaste" (Kshatriya) die Geschicke dieser mächtigen Kaderorganisation. Dieser Kastenfaktor könnte im Herzland des Hinduismus vor allem in den ländlichen Gebieten in Zukunft wichtig sein. Singh verwies stolz darauf, daß nach Ayodhya die Mitgliederzahl der RSS von 2,7 auf 5 Millionen emporgeschwungen sei.

Der spartanisch lebende Singh meinte, Regierungen könnten die indische Gesellschaft nicht grundlegend verändern. Die für ihre Sozialarbeit landesweit bekannte RSS unterhalte ohne externe Gelder aus eigener Kraft 7.000 Primarschulen mit 1,5 Millionen Schülern und stelle nach der Regierung die größte Organisation im Bildungsbereich.

Die RSS strebt eine grundlegende Reform der Gesellschaft an. Singh wiederholte die bekannten RSS-Thesen über die "moslemische Infiltration" aus Bangladesch und absolut dogmatisch die angeblich erheblich höheren Geburtenzuwachsrate unter Moslems. RSS und VHP hätten dafür gesorgt, daß der früher mit Geldern aus den Golfstaaten betriebene Übertritt von Hindus zum Islam gestoppt und eine Rekonversion eingeleitet wurde. Die Hindu-Gesellschaft sei wie eine große Familie und kenne keine Kasten-Konflikte.

Gegen Multis und den 'Congress-I'

Singh, der einen starken Hindu-Nationalismus betonte, geißelte insbesondere die "Korruption des regierenden 'Congress-I', dessen Macht, bar jeder Ideologie, zerfalle" und dem er Begünstigung

der Moslems vorwarf. Er befürwortete die Bewegung für wirtschaftliche Unabhängigkeit (Swadeshi), - in dieser Frage ist die BJP gespalten -, mit ihren Kampagnen gegen verstärkte Investitionen multi-nationaler Konzerne und die GATT-Vereinbarungen. Nur im Hochtechnologiebereich, u.a. für militärische Zwecke und Weltraumforschung, sei ausländisches Know-how willkommen. Trotz der gravierenden ideologischen Differenzen begrüßte er die Aktivitäten des Sozialisten und früheren Ministers George Fernandes gegen Pepsi und Coca Cola.

Bevorstehende Kraftprobe noch in diesem Jahr?

Rajendra Singh zeigte sich überzeugt, daß die Regierung Rao - die nun immerhin über eine absolute Mehrheit im Parlament verfügt -, "gehen müsse". Ein erneutes Aufflammen der Tempel-Agitation, um Mathura und Varanasi erweitert, könnte in der zweiten Jahreshälfte 1994 das prekäre Gleichgewicht der Hindu/Moslem-Beziehungen und damit die innenpolitische Stabilität Indiens gefährden, abgesehen von dem immensen Schaden für die indische Außenpolitik besonders in der islamischen Welt. Nach den Erfahrungen von 1992 muß von Premier Rao, der sich angesichts dieses von der RSS inszenierten Wetterleuchtens in keiner beneidenswerten Position befindet, diesmal eine eindeutige Gegenstrategie erwartet werden, denn sonst würden seine durchaus vorhandenen Erfolge im wirtschaftspolitischen Bereich,

trotz aller berechtigten Kritiken, einen schweren Rückschlag erleiden.

Auf allzu lautlosen Schuhsohlen kann die sich abzeichnende Kraftprobe mit den Hindu-Nationalisten und ihrem fundamentalistischen Anhang nicht erfolgreich bestanden werden, angesichts des systematischen Vorgehens der Protagonisten und Anhänger eines "Reiches der Hindus" (Hindu Rashtra).

Dr. Klaus Voll ist Korrespondent des 'Vorwärts - Sozialdemokratisches Magazin' in Indien. Er wird zukünftig in unregelmäßigen Abständen auch für 'Südasiens' aus Indien berichten. Das Gespräch mit Prof. Rajendra Singh führte er Ende April.